

## KT-Drucks. Nr. 186/2019

Landratsamt Böblingen, Postfach 1640, 71006 Böblingen

**Der Landrat**

**Dezernent**

Thomas Wagner  
Telefon 07031-663 1589  
Telefax 07031-663 1589  
t.wagner@lrabb.de

**Az:**

04.09.2019

### **Straßen- und Radwegebaumaßnahmen 2014 in Renningen Freigabe überplanmäßiger Ausgaben**

Anlage 1: Lageplan K 1013 und K 1060 bei Renningen

Anlage 2: KT-DS 044/2014/1 mit Anlagen

Anlage 3: KT-DS 202/2014

#### **I. Vorlage an den**

Umwelt- und Verkehrsausschuss  
zur Vorberatung

02.12.2019

**nicht öffentlich**

Kreistag  
zur Beschlussfassung

16.12.2019

**öffentlich**

#### **II. Beschlussantrag**

Den überplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 1,6 Mio. € für die Durchführung von Tief-, Straßen-, Radwege- und Ingenieurbauarbeiten im Zuge der Kreisstraßen K 1013 und K 1060 bei Renningen im Jahr 2014 wird zugestimmt.

#### **III. Begründung**

## 1. Sachverhalt

Im Jahr 2014 wurden umfangreiche Tief-, Straßen-, Radwege- und Ingenieurbauarbeiten für den Bau bzw. Ausbau der Kreisstraßen K 1013 und K 1060 bei Renningen im Umfang von insgesamt 2,776 Mio. € vergeben (KT-DS 044/2014/1 und KT-DS 202/2014, Anlagen 1 und 2).

Im Einzelnen waren dies:

1. die Sanierung der K 1013 zwischen Malmsheim und Renningen
2. die Sanierung der K 1060 zwischen der K 1013 und der K 1015
3. die Anhebung der K 1060-Brücke über den Rankbach mit einhergehender Anpassung des Straßenverlaufs (Kostenanteil der Stadt für Leitungsarbeiten noch nicht abschließend zusammengestellt und abgerechnet)
4. den Bau der Radwegeunterführung unter der K 1060 neben dem Rankbach
5. den Bau des Kreisverkehrsplatzes „Schnallenäcker“ zur Erschließung des gleichnamigen Wohngebiets (Kostentragung KE)

Aufgrund von Massenmehrungen sowie umfangreicher geänderter und zusätzlicher Leistungen, deren Erfordernis sich erst sukzessive während der laufenden Baumaßnahmen herausstellte, haben sich für den Landkreis insgesamt Mehrkosten in Höhe von rund 1,6 Mio. € ergeben.

In den vergangenen Monaten wurde die Schlussrechnung mit dem Auftragnehmer durchgeführt, so dass die angefallenen Beträge Ende Oktober 2019 fällig wurden.

Die Stadt Renningen und die LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH sind an Teilen der Maßnahmen (insbesondere Neubau Kreisverkehrsplatz Schnallenäcker sowie Verlegung von Leitungen und Leerrohren) kostenbeteiligt, allerdings stehen diese Schlussabrechnungen noch aus. Nachdem nun die Schlussrechnung mit dem Bauauftragnehmer erfolgt ist, werden diese Schlussabrechnungen zeitnah durchgeführt. Erst nach Abschluss aller Schlussabrechnungen können die vom Landkreis zu tragenden Gesamtkosten abschließend zusammengestellt werden.

## 3. Erläuterung der überplanmäßigen Ausgaben

- Sanierung der Kreisstraßen 1013 und 1060

Die umfangreichsten überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von rund 0,7 Mio. € resultieren aus nicht ausreichend standfestem Untergrund im Zuge der Kreisstraßen K 1013 und K 1015. Im Vorfeld der Maßnahme wurde der Untergrund mit dem Ergebnis beprobt, dass eine noch hinreichende Standfestigkeit gegeben ist. Im Verlauf der Arbeiten stellte sich jedoch heraus, dass die Standfestigkeit des Erdplanums im Hinblick auf die zu erwartende starke Verkehrsbelastung auf den Kreisstraßen zwischen der A 8, AS Rutesheim und der B 295 bei Renningen nur grenzwertig gegeben ist. Vom

Amt für Straßenbau wurde deshalb entschieden, das Risiko einer nur gerade so hinreichenden, beziehungsweise einer eventuell nicht ausreichenden Standfestigkeit des Untergrunds nicht einzugehen. Aus diesem Grund wurden zusätzliche, vorher nicht geplante Leistungen zur Verbesserung des Untergrunds angeordnet und durchgeführt.

- Anhebung der K 1060-Brücke über den Rankbach, Anpassung des Straßenverlaufs

Hierbei entstanden überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 0,6 Mio. €. Diese wurden größtenteils durch zusätzliche Leitungsarbeiten verursacht. Aufgrund der geänderten Höhenlage des Bauwerks konnten Leitungen nicht mehr im Bauwerk geführt werden, sondern mussten unter dem Rankbach gedükert (Düker = Druckleitung zur Unterquerung einer Straße, eines Tunnels, eines Flusses oder von Bahngleisen etc.) werden. Im Rahmen der Leitungsabfragen nicht aufgeführte Leitungstrassen im Bauwerk sorgten für erhebliche Mehraufwendungen durch eine Vielzahl von Suchschlitzen, die in Handschachtung durchgeführt werden mussten. Die so erkundeten Leitungen mussten gesichert und zum Teil verlegt werden. Der bei diesen Arbeiten angefallene Aushub musste zwischengelagert, beprobt und entsprechend seiner ermittelten Belastungsklassen entsorgt werden. Bei der Anpassung des Straßenverlaufs an das bestehende Gelände wurde, um eine bessere Einbindung ins Gelände zu erzielen, auf den Bau von Schutzplanken verzichtet. Stattdessen kamen Gleitwände aus Beton zur Ausführung, die hinterfüllt werden konnten.

- Bau der Radwegeunterführung unter der K 1060

Nach Auftragsvergabe wurde der Entwurf der Radwegeunterführung geändert, was zu überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 0,3 Mio. € geführt hat. In der ursprünglichen Planung wurde in Kauf genommen, dass die Unterführung bei Hochwasser des Rankbachs überflutet wird. Fußgänger und Radfahrer müssen in diesem Fall die sehr stark befahrene K 1060 mit Hilfe einer Signalanlage queren. Bei einem wesentlichen Anteil der Nutzer handelt es um Schülerinnen und Schüler. An das Amt für Straßenbau wurden Beobachtungen herangetragen, dass bei diesem Nutzerkreis vor Ort vermehrt sogenannte Rotläufe (Querung der Straße bei roter Ampel) zu beobachten sind. Aus diesen Bedenken heraus wurde beschlossen, dass die Ausfallzeiten der Unterführung zu minimieren sind. Der Radweg in der Unterführung wurde deshalb in ein auftriebsicheres Trogbauwerk gelegt, das nur noch selten von Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen wird.

#### **IV. Finanzielle Auswirkungen**

Für das Bauvorhaben wurden im Zuge der beiden Vergaben Ausgaben in Höhe 2,776 Mio. € beschlossen. Die Gesamtausgaben betragen 4,376 Mio. €. Die überplanmäßigen Ausgaben im Jahr 2019 belaufen sich auf 1,6 Mio. €. Davon sind 1,1 Mio. € im Finanzhaushalt des Landkreises und 0,5 Mio. € im Budget des Amts für Straßenbau zu veranschlagen.

**Der Umwelt- und Verkehrsausschuss hat das Thema in seiner Sitzung vom 02.12.2019 beraten und empfiehlt dem Kreistag, antragsgemäß zu beschließen.**



Roland Bernhard